VR-07 (V-103)-203 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 202 bis 205:
Gerichtshof führen würden, werden nicht angestoßen, obwohl Rechtsbrüche offensichtlich sind. ~~Deswegen~~Die Untätigkeit der EU-Kommissionspräsidentin ist mittlerweile ein Risiko für die europäische Union geworden. Wir fordern die Unions-Kommissionspräsidentin auf, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn die Registrierung an den Außengrenzen flächdeckend durchlässig ist. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung ihre Möglichkeit nutzen, ~~selbst~~auf die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren ~~einzuleiten~~zu klagen und damit Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen. Es kann nicht länger sein, dass es von netten

Begründung

Das Sytem der Registreirung an den Außengrenzen ist auch heute schon geltende Rechtslage- die aber von vielen Mitgliedstaaten ignoriert wird. Auch unter der neuen GEAS-Reform wird diese Rechtslage bestehen. Gegen diese Irngoranz von europäischem Recht muss die Kommissionspräsidentin vorgehen. Es liegt in ihrer Verantwortung.

weitere Antragsteller*innen

Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Viviane Triems (KV Potsdam); Robert Langer (KV Hildesheim); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Cim Kartal (KV Bielefeld); Michael Lühmann (KV Göttingen); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Nicole Henkel (KV Wittmund); Christine Jochem (KV Hannover); Christian Peter Wüstenberg (KV Heidekreis); Hermann Gansel (KV Leer/Ostfriesland); Julian Meinders (KV Leer/Ostfriesland); sowie 45 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.